



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wilke, Alfred: Probleme des Industriebezirks. I. Die Wohnungsfrage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

von Göthe sey von dem Herzog von Weimar eben dahin geschickt worden, um die Sache einzuleiten. Dieses letztere ist nun ganz falsch; die Reise des Herrn von Göthe hat nicht den mindesten Zusammenhang mit der Mainzer Coadjutorswahl. Göthe ist der Mineralogie und Künste wegen nach Italien, und der letzteren wegen natürlich auch nach Rom gereiset.

*

Darmstadt, den 21. August 1788.

Auch der Herr Geheime Hofrat Schlosser in Carlsruhe wirbt, wo er kam, gegen Sie, Gedike und Bießer. Er hat vor kurzem an den Kriegsrat Merck hier geschrieben und ihn ersucht, „seine Knochen und Zähne, Knochen und Zähne seyn zu lassen und dafür allen seinen Witz gegen die Berliner Centauren aufzubieten.“ Allein der Kriegsrath Merck wird mit dem Ritter Schlosser keineswegs gemeinsame Sache machen. Merck kränkelt seit einiger Zeit; er ist ferner ganz Berlinisch gesinnt; hat auch den Johann Georg Schlosser bereits im Jahre 1772 für einen Schiefkopf gehalten und einen Schiefkopf genannt. Eben dieses ist das Urtheil Göthes von diesem seinem Schwager Joh. Georg Schlosser von der Stunde ihrer Bekanntschaft an gewesen; und ist's noch.



Probleme des Industriebezirks

Von Regierungsrat Alfred Wilke-Gumbinnen

I. Die Wohnungsfrage



etrachtet man heute in den Atlanten die bekannte Karte, auf der die Dichtigkeit der Bevölkerung im Deutschen Reiche durch verschiedene Farben — vom blassen Grau bis zum kräftigen Rot — bezeichnet ist, und vergleicht man sie mit einer gleichen Karte etwa aus der Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, so springt vor allem in die Augen eine Veränderung, die auch als „Anschwellen der roten Flut“ bezeichnet werden kann. Denn die früher hier und da vorhandenen kräftig roten Flecken haben sich nicht bloß vergrößert und vermehrt, sondern sie sind auch vielfach ineinander übergegangen, das Rot tritt dann in breiten langen Streifen auf und zeigt an, daß jetzt ganze Bezirke eine Bevölkerungsdichtigkeit haben, die früher nur in großen Städten und ihrer Umgebung zu finden war.

Das Anwachsen und das gleichzeitige Zusammendrängen der Bevölkerung bedeutet eine immer fühlbarer werdende Umwälzung aller Lebensverhältnisse in diesen Gebieten, es stellt insbesondere die Verwaltung vor ganz neue und wichtige Aufgaben.

Im rheinisch-westfälischen Kohlendistrikt lebt etwa ein Zehntel der Bevölkerung Preußens, fast halb so viel im Saarrevier und im oberschlesischen Kohlenbezirk.

Die Frage, ob die leibliche und sittliche Gesundheit dieser Bevölkerung in der künftigen Entwicklung dieser Bezirke gewährleistet ist, ist somit eines der wichtigsten Probleme für den Staat.

Vielleicht sogar gibt es, vom Standpunkte der inneren preußischen Verwaltung aus, für diese, neben der durch die Polenfrage gestellten Aufgabe, zurzeit keine andere, die dringender und wichtiger wäre als die Aufgabe einer gesunden Weiterentwicklung der Industriebezirke.

Als das Charakteristische der bisherigen Entwicklung kann man das Verschwinden des natürlichen Gegensatzes, der gesunden Ergänzung von Stadt und Land bezeichnen. Die Stadt ist nicht mehr Teil oder Herrscherin der Landschaft, sie hat diese Landschaft gewissermaßen verschlungen. So breitet sich vom Rhein bis Bochum eine ungeheure Stadtlandschaft aus, etwas Neues, noch Unbekanntes in der deutschen Kulturentwicklung. Überall am Horizont erheben sich steil aufragende Häuser, städtische Straßenzüge, Fördertürme, Fabriken, überall herrscht Lärm und geschäftiges Menschengewimmel. Vor der fortschreitenden Bebauung verschwindet immer mehr der landwirtschaftliche Betrieb.

Daß ein Teil der Kulturmenscheit in Städten lebe, ist notwendig und nach historischer Erfahrung nicht schädlich. Doch haben von jeher und überall Stadt und Land eine Einheit gebildet, sich gegenseitig gefördert und gekräftigt, und insbesondere sind die Schattenseiten städtischer Lebens- und Wohnweise erträglich nur bei naher Berührung mit dem Lande. Fällt dies weg, verschwindet die Landschaft immer weiter vom Horizont der Großstädter, so steigern sich für die in hohe Mauern eingekerkelte Menge nicht bloß die gesundheitlichen Gefahren, insbesondere für die heranwachsende Generation, sondern noch mehr verschärft sich der üble Einfluß auf Charakter und Gemüt. Der Mensch, der von Einsamkeit nichts weiß, verliert Ruhe und Selbständigkeit des Urteils, unterliegt widerstandslos den Wirkungen jeder Massensuggestion; in der atomisierten Masse verschwindet der Wert der Persönlichkeit, der Bewohner eiförmiger Mietkasernen kennt keine Heimatliebe, die frühe Selbständigkeit untergräbt die Familienbande und den Sinn für Autorität.

So handelt es sich nicht bloß um die Bewältigung von technischen Schwierigkeiten, die durch das Zusammenballen so großer Menschenmassen auf weitem Gebiete der Erfüllung der üblichen Verwaltungsaufgaben in quantitativ gesteigertem Maße entgegneten, sondern der Kreis dieser Aufgaben wächst durch die erhöhte Sorge für Erhaltung und Schaffung idealer Güter, insbesondere derjenigen, die jeder richtig arbeitenden Verwaltung als höchstes Ziel gestellt und auch erreichbar sind, der Förderung von Gemeinnut und Vertrauen.

Es sind übrigens dieselben Probleme, die dem Verwaltungsbeamten und Politiker bei fortschreitender Verstädterung überall entgegneten, vor allen Dingen in dem Riesenzentrum, den die Reichshauptstadt mit ihren Vororten bildet. Aber für den eigentlichen Industriebezirk ergibt sich noch manche Besonderheit aus seiner bedeutend größeren Ausdehnung, dem andersartigen Anbau und

seiner Abhängigkeit von einem bodenständigen Industriezweig, dem Bergbau. Dieser ist der gewaltige Bildner des Gebietes. Die natürlichen Bedingungen für seine Ausbreitung und Entwicklung ergeben sich nicht aus Verhältnissen an der Erdoberfläche, sondern hängen von Lauf und Lagerung der Kohlenflöze im Erdinnern ab. Wo diese das Niederbringen des Schachtes zweckmäßig machen, da entstehen oben die großen Zechenbauten, Koksöfen, Teergewinnungs- und andere zum Zechenbetriebe gehörige Anlagen. Hochöfen und Walzwerke schließen sich an, und, getrieben von den hundertfach gesteigerten Kräften des modernen Großkapitals, wachsen oft wie durch ein Wunder abseits vom Verkehr und sonstiger Bebauung weiträumige Arbeiterkolonien mit Konsumanstalten, Wirtschaften und dem ganzen Anhang einer großindustriellen Siedelung in die Höhe. Daraus ergibt sich eine zwar überall vorhandene, aber doch eigentümlich zerstreute Bebauung im ganzen Bezirk. Nur aus einigen älteren Stadtanlagen haben sich Kerne mit ganz dichter, hauptstädtischer Bauweise gebildet. Mehr als anderswo tritt hier überall die besondere soziale Schichtung der Bevölkerung zutage, sei es im Straßenverkehr, sei es in Ladeneinrichtungen, Gasthäusern und Vergnügungsetablissemments. Auffällig ist alles für den „Arbeiter“ und seine Bedürfnisse zugeschnitten. Die schwere Industrie braucht viele, viele Hände, verhältnismäßig wenig Köpfe leiten die ungeheuren Betriebe. Im Mittelstand sind die zahlreichen Werkbeamten vertreten. Oft hängt vom Gedeihen eines Unternehmens Wohl und Wehe ganzer Gemeinden und ihrer Bevölkerung ab. In der sozialistischen Partei blüht hier die Marxsche Lehre in strengster Observanz, das kurzlebige, leicht erregbare Bergmannsvolk neigt zu radikalen Anschauungen, aber der stete Zustrom fremder Elemente, die bunte Mischung der stark mit Slawen durchsetzten Arbeiterschaft lassen die Organisationen nur langsam an Kraft gewinnen. — Das geistige Leben, Wissenschaft und Kunst treten zurück, eingeengt durch die gewaltigen Anforderungen, die Geschäft und Betrieb an Hirn und Hände dieser Millionenbevölkerung stellen. Den wenigen freien geistigen Kräften winkt eine lohnende Aufgabe besonderer Art: die Propagierung des Wissens, die Schaffung einer breiten Volkskultur unter der Industriearbeiterschaft.

*

*

*

Zu den drängendsten Aufgaben der Verwaltung gehört, wie überall, auch im Industriebezirk die Lösung der Wohnungsfrage. Was der Aufgabe hier ihr besonderes Gepräge gibt, ist, daß sie nicht im Rahmen einer einzelnen Stadt zu lösen ist — ein Hindernis, zugleich aber auch ein großer Vorzug. Hinzukommt, daß bei ihr in erster Linie, mehr als irgendwo anders, das Bedürfnis und die Lage der industriellen Arbeiterschaft zu berücksichtigen bleibt.

Es ist bekannt, mit welchem Eifer in letzter Zeit unsere Städte ihre Aufmerksamkeit der Wohnungsfrage zugewendet haben. Erst neuerdings hat die Düsseldorfser Städtebaumausstellung Zeugnis davon abgelegt, und tatsächlich können sie

außerordentlich Wichtiges — durch Anwendung polizeilicher Machtmittel und durch praktische Bodenpolitik — erreichen und haben es hier und da erreicht. Man hat vor allen Dingen Ordnung und durch Ordnung Raum geschaffen, dem Verkehr sind breite, durchgehende Straßen eröffnet, den Wohnstraßen ist eine angemessenere, hübschere Anlage gegeben, Spielplätze und Parkanlagen beleben das Stadtbild, es sind Geschäftsviertel, Fabrikviertel, Arbeiterquartiere und Villenviertel unter besonders für sie gegebenen Bedingungen entstanden. Eine vorausschauende Bodenpolitik hat den Städten nicht bloß den finanziell vorteilhaften Erwerb eigenen Verwaltungsvermögens, sondern auch zum Teil die Bereitstellung billiger Bauplätze für die Wohnungsbedürfnisse des kleineren und besseren Mittelstandes ermöglicht. Vergleicht man aber die Anläufe dieser Entwicklung mit dem unbedingt notwendigen und — das kann nicht scharf genug hervorgehoben werden — erreichbaren Ziel, so bleibt ein erschreckender Abstand!

Man braucht kein Fanatiker der Bodenreform zu sein, um das Ideal, um dessentwillen diese Bewegung so energisch ihre Theorien verfißt, für ein innig erstrebenswertes zu halten, und es gibt vielleicht nichts Entscheidenderes gegen diese Partei, als der Hinweis, daß die Bekämpfung der Wohnungsnot nicht allgemein vom Boden irgendeiner Theorie aus, sondern von Fall zu Fall auf Grund praktischer Versuche allein erfolgreich gewesen ist. Um so mehr muß es wundernehmen, daß nur von so wenig Stellen aus Versuche in Angriff genommen werden. Daß die Selbsthilfe hier versagen muß, so anregend ihre Unternehmungen auch wirken, kann dem Unbefangenen nicht entgehen. Die Erfolge sind, trotz aller achtenswerten Leistungen im einzelnen, zu gering, um für die Lösung dieses allgemeinen Problems in Betracht zu kommen. Nun richten sich alle Hoffnungen auf den sogenannten Munizipalsozialismus. Aber es muß hervorgehoben werden, daß nur kapitalkräftige, größere Städte dafür in Betracht kommen, und daß gerade sie, weil sie Organisationen eines energisch vorwärts drängenden, auf Gewinn und Erwerb bedachten und jeder Beschränkung freier Betätigung abholden Bürgertums darstellen, ihrer ganzen Struktur nach für Durchführung einer umfassenden Wohnungs- und Bodenpolitik wenig geeignet sind. Es ist ein Zeichen des hohen sozialen Sinnes, der unsere Zeit durchflutet, daß die Städte auch dieser Aufgabe ihre Kräfte nicht versagen. Aber man soll auch nicht Unmögliches verlangen.

Das lehrt schon der durch reiche Erfahrung gestützte, maßvolle und daher eben wirksame Widerspruch, den der Düsseldorfer Oberbürgermeister Marx auf dem letzten Wiener Kongreß des Vereins für Sozialpolitik erhoben hat. Die Stadt muß schließlich dem obersten Gesetz jedes lebendigen Organismus gehorchen, dem der Selbstbehauptung. Sie steht nicht allein, sie kann nicht dulden, daß Industrie und Arbeiterschaft hinaus aufs Land gedrängt werden. Darum sagte ich, daß es durchaus günstig ist, daß im Industriebezirk diese Frage nicht im Rahmen einer einzelnen Stadt, daß sie nur als regionale

Aufgabe gelöst werden kann. Denn wo die natürlichen Bedingungen für die Ausbreitung der Industrie so gleichmäßig für einen ganzen Bezirk gegeben sind, wo sie nicht dem ihr sonst obwaltenden Zuge nach Zusammendrängen an einem Punkte folgen kann, da haben die historischen Mittelpunkte des Stadtlebens ihre Bedeutung wesentlich in ihrer Ausbildung als Geschäfts- und Kulturzentren zu suchen. Sie haben nur das Interesse, daß die Vorschriften zur Förderung eines gesunden Wohnungswesens nicht bloß in ihrem Bezirk, sondern auch außerhalb gelten, sofern nur in ihrem eigenen Bezirk für die dort naturgemäß ansässigen Industrien Raum genug bleibt, was nach den neuesten Eingemeindungen meist nicht zu bezweifeln ist.

Denn das ist vor allem hervorzuheben, daß für die gesunde Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses mehr Raum erforderlich ist, als ihm heute gegönnt wird, daß insbesondere der Kleinwohnungsbau in einem Maßstabe aufzunehmen und zu fördern ist, der an den heutigen Verhältnissen gemessen kühn erscheint. Es ist eine oft begründete Forderung, die hier nicht nochmals erörtert werden soll. Sie wird aber im Industriebezirk geradezu zu einem Gebot der sozialen Moral. Bergegenwärtigt man sich das ständige Anwachsen der Bevölkerung, so überläuft uns ein Grauen bei dem Gedanken, daß für diese ganzen Arbeitermassen ewig nur die Zinshäuser und Mietskasernen zur Verfügung stehen sollen, die jetzt noch überall aus dem Boden wachsen. Dem besseren, emporstrebenden Teil dieser Arbeiterschaft muß die Möglichkeit geboten sein, auch einmal ein Eigenheim erwerben zu können. Das Bedürfnis ist da. Noch vor einem Jahrzehnt bestand die jetzt zur Großstadt Duisburg gehörige Gemeinde Weiderich aus langen Reihen kleiner Häuser, die großen Teils im Besitze von Bergleuten der benachbarten Zechen und von Hüttenarbeitern waren. Diese Bauweise verschwindet jetzt, es ist nichts geschehen, sie zu erhalten. Noch sieht man überall an abgelegenen Stellen, an Abhängen und in Erdfalten, kleine Anwesen, deren Besitzer zäh daran festhalten und den oft stundenlangen Weg zu ihrer Arbeitsstätte, irgend einer im Umkreis gelegenen Zeche, nicht scheuen. Alle größeren, zusammenhängenden und früher landwirtschaftlich genutzten Grundstücke aber gehen bei fortschreitender Industrialisierung naturgemäß als Ganzes in den Besitz von Terrainspekulanten über und verfallen damit dem üblichen System des Häuserbaues.

Es ist anders möglich. Das zeigt besonders das Beispiel der großen industriellen Unternehmungen, die es vorteilhaft gefunden haben, neben ihren Anlagen recht weiträumige Arbeiterkolonien zu errichten, deren nüchterne Regelmäßigkeit freilich nicht immer dem Ideale des Kleinwohnungsbaues genügt. Vor allen Dingen fällt bei ihnen das ethische Moment fort, das mit der Möglichkeit der Erwerbung eines Hauses oder Hausanteils auch für den Minderbemittelten diese Bauweise sozial so wertvoll macht. Sieht man aber z. B. neben der neuen Kolonie des Krupp'schen Werkes in Rheinhausen genau da, wo der Krupp'sche Besitz aufhört, in geradezu groteskem Gegensatz zu dieser hübschen Anlage, überall im Umkreis die hohen Zinshäuser in die Höhe wachsen,

so leuchtet das Unzulängliche dieser wohlmeinenden und für sich großartigen privatindustriellen Fürsorge ein.

Hier aber tritt auch das Haupthindernis des Fortschritts zutage. Es ist für solch eine emporstrebende Industriegemeinde, in deren Einwohnerschaft mit jeder weiteren industriellen Anlage ein neues Fieber der Spekulation einsetzt, völlig unmöglich, soviel Selbstverleugnung zu üben, wie zu einer großzügigen Förderung des Wohnungswesens gehört. Und wächst solche Gemeinde sich gar zu einer „Industriestadt“ aus, wie es etwa Gelsenkirchen ist oder das „Dorf“ Hamborn (mit über 100 000 Einwohnern!) zweifellos werden wird, so hindert schon die finanzielle Unzulänglichkeit und der Andrang der näher liegenden Aufgaben die Durchführung einer weitschauenden Bodenpolitik. Andererseits ist aber gerade in diesem Neuland der Industrie, wie es besonders mit der neueren Ausbreitung des Bergbaues nach Norden und Westen täglich gewonnen wird, am ehesten eine zweckmäßige Anlage der Wohnstätten zu schaffen, weil noch Raum vorhanden ist. Und so befinden wir uns denn in einem fatalen *circulus vitiosus*.

Wir können ihm nur entgehen, wenn für den ganzen Bezirk eine gemeinsame Organisation geschaffen wird, mit der Aufgabe der Förderung des Wohnungswesens, mit entsprechenden Befugnissen und finanziellen Hilfsquellen. Ebenso, wie hier die Schaffung großer Parkanlagen inmitten der Zerrümmerng der Natur durch die Industrialisierung des Landes möglich werden muß, ist es möglich, über den ganzen Bezirk hin und ohne Rücksicht auf Gemeindegrenzen Kolonien kleiner Eigenhäuser umherzustreuen, deren Bewohner bei einiger Fürsorge für Verkehrsgelegenheit in den umliegenden Bergwerks- und Industrieanlagen leicht Arbeit finden würden.

In derselben Art könnte auch für das Wohnbedürfnis des kleineren Mittelstandes gesorgt werden.

Nötig wäre vor allen Dingen eine für diesen Zweck besonders zu errichtende Behörde mit genügenden öffentlichrechtlichen Befugnissen zur Durchsetzung planmäßiger Anlagen, arbeitend unter Mitwirkung von gewählten Mitgliedern aus den Kreisen der Beteiligten, besonders der Gemeinden, eine Art „Spezialkommission für Bebauungsreform“, anschließend daran Gesellschaften gemeinnützigen Charakters, die die Errichtung von Kolonien für industrielle Unternehmungen, Arbeitergenossenschaften und Gemeinden zu übernehmen hätten, außerdem eine zweckmäßige Organisation des Hypothekentredits und Ausbildung der Rechtsnormen des Erbbaurechts.

Von der Gestaltung des Wohnungswesens im Industriebezirk hängt so unendlich viel ab, daß außerordentliche Maßnahmen nirgends wie hier, gerechtfertigt sind. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Erkenntnis durchdränge, daß hier eine besondere Aufgabe der staatlichen Verwaltung vorliegt, die von anderer Stelle aus befriedigend nicht gelöst werden kann.